

# Gläsernes

Lokalzeitung der Linken  
34. Jg. Tübingen 2008-1



# Rathaus\*

\* Damit man draußen sieht,  
was drinnen vorgeht.

## Tübingen sucht Afrika: Darf's noch etwas schwärzer sein?

Die folgenden sechs Länder Afrikas wurden von einer Kommission des Tübinger Stadtrats für die Suche nach einer Partnerstadt in Afrika ausgewählt: Äthiopien (Mekele / Tigre), Ghana (Kumasi), Kamerun (Buea und Dschang), Senegal (Saint-Louis), Südafrika (Stellenbosch), Tansania (Iringa, Sansibar und evtl. Moshi). Boris Palmer hatte den Anstoß zu einer Städtepartnerschaft mit Afrika bei seinem Amtsantritt im Januar 2007 gegeben. Angesichts der globalen Herausforderungen der nächsten Jahre – Klimawandel, Grenzen des Wachstums, Wohlstandsgefälle, Bildung – müsse auch und gerade auf lokaler Ebene an Lösungsstrategien gearbeitet werden. Dazu sei es wichtig, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verlierer der Globalisierung zu lenken, so Palmer in seiner Antrittsrede.

Kosten darf die kommunale „Lösungsstrategie“ allerdings nichts. Da waren sich alle einig, was den Vertreter der Linken zu der Bemerkung veranlasste: „Die Stadt muss möglichst schwarz und arm sein, aber geben tun wir nichts.“ Stellenbosch in Südafrika fand bei vielen und dem Oberbürgermeister keine Gnade, weil die Stadt nicht arm und schwarz genug für ihr Afrika-Bild war. Gleichwohl gäbe es zu dieser Stadt die besten Beziehungen der Universität, der Rektor selbst hat den Vorschlag gemacht. Und als Weinbauzentrum könnte Stellenbosch auch Tübingen Hilfestellung leisten. Ganz wohl ist den Stadtrats-Geizkrägen allerdings nicht. Zentralafrika müsse es zwar sein, der Norden oder Süden sei nicht typisch afrikanisch. Man müsse aber vornehmlich das Anspruchsdenken der potentiellen Partner zurückweisen. Zu holen gäbe es finanziell in Tübingen nichts. Allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe. Beispielsweise könne man den Schwarzen zeigen, dass es festen Brennstoff gebe, damit sie nicht immer das Öl umschütten und damit die eigenen Zelte in Brand setzen. Ein praktisches Partnerschaftsprojekt der Berufsschule regten die Schwarzen der Rats-CDU an. Von ihnen kam auch der Vorschlag mit Äthiopien, obwohl das mit 2000 Metern sehr hoch liege. Aber was tut man nicht alles, damit Tübingern auf den Spuren von Leni Riefenstahl wandeln können. Senegal sei wegen der „Französischen Filmtage“ sehr wichtig, war der Vorschlag einer Kollegin aus der SPD, - ausreichend arm, aber französisch sprechend, kommentierten andere. Gott sei Dank hat dieser Ausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt. Das Protokoll hätte als Realsatire für schallendes Gelächter in jedem Kabarett Afrikas gesorgt. Von Timbuktu bis nach Sansibar.

## Mistloch der Gnade: Sahnehäubchen und Haushaltsperlen

„Manchem wird erst jetzt bewusst, wie sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat. Aus sich heraus sind Demokratie und Marktwirtschaft ebenso wenig gegen Selbsterstörung gefeit wie totalitäre Systeme.“ Dies sagt die Linke seit Jahren, am 2. Januar 2008 stand es jedoch auch wörtlich im Leitartikel der FAZ. Auch wegen der stabilen 11 Prozent für die Linke redet die FAZ den Bankern, Landräten und Oberbürgermeistern ins Gewissen: „Wer verhindern will, dass auch noch das zweite Drittel der Gesellschaft die Grundlagen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems in Frage stellt, tut deshalb gut daran, das Thema soziale Gerechtigkeit nicht als ... eingebildetes Problem abzutun. ... Bevor andere die Systemfrage stellen, sollten es die Eliten tun.“

Jahrelang tönnten diese „Eliten“, mit der Solidarität als Rechtspflicht sei es nun vorbei, nach dem Ende der Systemkonkurrenz, während der „die eigene Seite dem Einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot“ als die sog. Sozialistischen Staaten. Soziale Gerechtigkeit galt als ein „Schlagwort des Sozialismus“, auf das leider auch die Kirchen hereingefallen seien. Heute wirkt es fast komisch, wenn der Benediktiner Erzabt Wolf, noch vor einem halben Jahr Hausprediger von Landrat Walter, über die Familienministerin Ursula von der Leyen schimpft: „Wenn sie sagt, dass die Plätze in Kindertagesstätten ausgebaut werden müssten ... dann sehe ich darin eine Wiederkehr der DDR-Verhältnisse.“

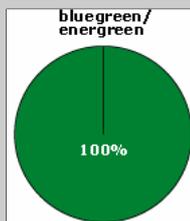
Noch peinlicher ist, wenn Not und Kinderarmut zum Aufgabengebiet einer „Aktion Sahnehäubchen“ werden. Also ob das Sattwerden, die Grundausstattung armer Schüler mit Lernmitteln, ein „Sahnehäubchen“ zum kulinarischen Nachschick wäre. Die Caritas kann allerdings nichts dafür, dass Landrat Walter unabgesprochen staatliche Deregulierung auf ihre Kosten betreiben will. Er leidet wahrscheinlich immer noch an einer Überdosis Notker Wolf und hat den neuen Jahresbefehl der FAZ noch nicht kapiert. Auch SPD-Bürgermeister Lucke scheint noch auf dem alten Dampfer „Wohlätigkeit statt verbürgtem sozialstaatlichen Rechtsanspruch“ zu sitzen. Sonst würde er nicht den Weihnachtsmann spielen als Schirmherr der „Aktion Sahnehäubchen“ oder der Aktion „Haushaltsperlen“, in der Langzeitarbeitslose für 900 Euro verdingt und damit die zuvor geförderten Dienstleistungsfirmen ruiniert werden.

Da halten wir es lieber mit Pestalozzi, dem schon vor 200 Jahren klar war, dass Solidarität ohne Rechtspflicht und ohne Rechtsanspruch zur Mildtätigkeit für die Bedürftigen verkommt und Abhängigkeiten von dem schafft, der gibt. Sie ersäufen das Recht „im Mistloch der Gnade“, so das Urteil von Pestalozzi über die Tübinger Spendenonkel in den Verwaltungsspitzen.  
Kreisecke im Schwäbischen Tagblatt vom 8. Januar 2008

## Stadtwerke Tübingen: Bluegreen, Energreen, Mogelgreen

„Die Tübinger Stadtwerke bräuchten keine blöden Kampfanzeigen gegen die EnBW mehr schalten, wenn sie den Tübinger Bürgern einen Besttarif für Strom und Gas anbieten würden. Damit es soweit kommt, sollte jeder sofort den Stromanbieter wechseln, da die Stadtwerke bei 10 000 kWh im Jahr schon wieder 200 Euro zu teuer sind (siehe [www.verivox.de](http://www.verivox.de)),“ stand in der Mittwochspalte der Linken im Schwäbischen Tagblatt vom 2. Januar 2008. Die Tübinger Stadtwerke waren vor einem Jahr wieder anständig geworden, nachdem die Linke vor zwei Jahren schon einmal deren Preispolitik thematisiert hatte: „Wir sind nicht mehr der billige Jakob“ - tönnte damals einer der drei Präsidenten der Stadtwerke. Jetzt probieren sie es wieder und versuchen auch noch die Grünen vor ihren Karren zu spannen. Wer den Atom-Kötzle kennt, lacht sich da halb tot. Der Spiegel hat am 5. Januar geschrieben, wie man aus Atomstrom Ökostrom macht. „Ein Stromversorger kauft Strom an der Börse, etwa aus dem AKW Krümmel, für 7 Cent je Kilowattstunde. Den veredelt er dann mit einem Ökozertifikat eines norwegischen Wasserkraftwerks, was ihn lediglich noch mal 0,05 Cent pro Kilowattstunde kostet. Seinen Graustrom darf er dann als Ökostrom verkaufen. Der norwegische Betreiber muss im Gegenzug die entsprechende Menge seines Ökostroms dann in konventionell erzeugten Strom umetikettieren. Diesen für Stromkunden in etlichen europäischen Ländern wenig transparenten Tausch ermöglicht das „Renewable Energy Certificate System“ (RECS).“

100-prozentig grün à la Stadtwerke



„Gläsernes Rathaus“  
verantwortlich wie schon 1975  
Anton Brenner